

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/XI-002/2021)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 13.09.2021, 15:03 Uhr bis 16:51 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Verein Frauen helfen Frauen e. V. - Bericht zur Arbeit der Beratungsstelle und des Frauenhauses
2.	Auswirkungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg
3.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
4.	Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration
5.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
5.1.	Asyl- und Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen - besonders schutzwürdige Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen – Antrag Grüne Vorlage: 0508-2021/DaDi
5.1.1.	Asyl- und Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen - besonders schutzwürdige Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen - Änderungsantrag SPD, CDU Vorlage: 0585-2021/DaDi
5.2.	Personalschlüssel in den Sozialabteilungen des Landkreises Da/Di anpassen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos) Vorlage: 0515-2021/DaDi
5.3.	Sozial-und Arbeitsverwaltungen Da/Di als Notfallstelle für persönlichen Zugang zugänglich machen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos) Vorlage: 0516-2021/DaDi
5.4.	KfB näher an die Menschen bringen – Antrag FW/UWG Vorlage: 0534-2021/DaDi

5.4.1.	KfB näher an die Menschen bringen – Änderungsantrag Grüne Vorlage: 0580-2021/DaDi
5.5.	Nutzungsentgelt für die Unterbringung geflüchteter Menschen senken – Antrag der FW/UWG Vorlage: 0535-2021/DaDi
6.	Kenntnisnahmen
6.1.	Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan für das Jahr 2020 Vorlage: 0193-2021/DaDi
6.2.	Jahresberichte femkom Darmstadt, ZIBB Groß-Umstadt und Frauen helfen Frauen e.V. Dieburg Vorlage: 0225-2021/DaDi
6.3.	Niederlegung Ehrenamt Ombudsstelle Vorlage: 0240-2021/DaDi
6.4.	Zielvereinbarung 2021 Vorlage: 0242-2021/DaDi
6.5.	Jahresbericht 2020 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Vorlage: 0243-2021/DaDi
6.6.	Schreiben an MP Bouffier zur Entwicklung der Eingliederungshilfe vom 31.05.2021 Vorlage: 0254-2021/DaDi
6.7.	Tagessätze im Kreisjugendheim Ernthofen Vorlage: 0290-2021/DaDi
6.8.	Regionale Strategie des Landkreises Darmstadt-Dieburg für den Übergang Schule-Beruf (Laufzeit 2021 - 2023) Vorlage: 0313-2021/DaDi
6.9.	Anwendung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG) ab 01.05.2020 im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0314-2021/DaDi
6.10.	Quotenabrechnung für das 2. Quartal 2021 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 3. Quartal 2021 Vorlage: 0376-2021/DaDi
6.11.	Aktionsplan gegen Kinderarmut – Runder Tisch Kinderarmut Vorlage: 0387-2021/DaDi
6.12.	Ergebnis Prüfauftrag Kostenübernahme Mieterbund Vorlage: 0400-2021/DaDi
7.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Markus Crößmann	Vertreter für Abg. Paul, Anke
Herr Gerald Frank	vor TOP 1 (15:11 Uhr)
Frau Halima Gutale	
Frau Gabriele Winter	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	Vertreterin für Abg. Laub, Clemens
Fraktion der CDU	
Frau Ann-Katrin Brockmann	
Herr Bürgermeister Sebastian Bubenzer	
Herr Bürgermeister Achim Grimm	
Herr Fraktionsvorsitzender Maximilian Schimmel	Vertreter für Abg. Dr. Thomas, Werner bis TOP 2 (15:58 Uhr)
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Frau Fraktionsvorsitzende Claudia Schlipf-Traup	
Herr Rainer Seibold	
Fraktion der AfD	
Herr Jörg Rinne	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Fraktion der FW/UWG	
Herr Friedrich Herrmann	
Fraktion von Die Linke. und Klimaliste	
Frau Claudia Wedemeyer	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Frau Kreisbeigeordnete Marita Keil	
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	bis TOP 6.12 (16:45 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Karl-Heinz Prochaska	
Verwaltung	
Frau Petra Das	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Madeline Götz	
Frau Sabine Hahn	
Frau Mareen Hechler	
Herr Steffen Petry	
Herr Christian Schwab	
Gäste	
Frau Ursula Pavez-Sandoval	zu TOP 1

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Clemens Laub
Frau Anke Paul
Fraktion der CDU
Herr Dr. Werner Thomas

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig teilt mit, dass sowohl **Vorsitzende Paul** als auch **stellvertretender Vorsitzender Dr. Thomas** nicht an der Sitzung teilnehmen können. Sie schlägt daher vor, dass sie die Sitzungsleitung übernimmt. Weiter teilt **Kreistagsvorsitzende Wucherpennig** mit, dass nach Beratung der Beschlussvorlagen keine Beschlussempfehlung herbeigefügt wird. Sie stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig stellt weiter fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Kreistagsvorsitzende Wucherpennig** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6.2 vor Tagesordnungspunkt 2 und den Tagesordnungspunkt 6.1 vor Tagesordnungspunkt 4 aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 1. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist **Christian Schwab**.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Verein Frauen helfen Frauen e. V. - Bericht zur Arbeit der Beratungsstelle
und des Frauenhauses**

Beschluss:

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig begrüßt die Leiterin des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. **Frau Pavez Sandoval**.

Frau Pavez Sandoval berichtet zur Arbeit der Beratungsstelle und des Frauen- und Kinderschutzhauses. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Fragen werden beantwortet.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Auswirkungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass der Bericht zu den Auswirkungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales erfolgt.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig weist auf die als Tischvorlage verteilten und der Niederschrift als Anlage 2 beigefügten Informationen des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten hin.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass am 14. September 2021 die konstituierende Sitzung des Fachbeirats Flucht und Integration stattfindet.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 5.1.

Vorlage-Nr.: 0508-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Asyl- und Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen - besonders schutzwürdige Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen – Antrag Grüne**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Abg. Winter (SPD) teilt mit, dass der Änderungsantrag von SPD und CDU unter Tagesordnungspunkt 5.1.1 (Vorlage-Nr. 0585-2021/DaDi) den Ursprungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen ersetzen soll.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg fordert den Kreisausschuss auf, sich umgehend und öffentlich dazu bereit zu erklären, besonders schutzwürdige Geflüchtete, insbesondere die Ortskräfte, die für Bundeswehr und die Hilfsorganisationen gearbeitet haben und nun nach dem Abzug der Bundeswehr und NATO in akuter Gefahr leben, aus Afghanistan aufzunehmen.

Hierfür werden freie Kapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung genutzt.

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, als Teil des Bündnisses „Sichere Häfen“ Aufnahmeplätze zusätzlich zu der Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anzubieten (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG) und sich gegenüber der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einzusetzen, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert im Fachbeirat Flucht & Integration regelmäßig Bericht zum Sachstand zu erstatten.

Beschluss zu TOP 5.1.1.

Vorlage-Nr.: 0585-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Asyl- und Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen - besonders schutzwürdige Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen - Änderungsantrag SPD, CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg unterstützt ausdrücklich die Aufnahme von Ortskräften und insbesondere verfolgte Frauen sowie deren minderjährigen Kindern aus Afghanistan im Landkreis.

Beschluss zu TOP 5.2.

Vorlage-Nr.: 0515-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Personalschlüssel in den Sozialabteilungen des Landkreises Da/Di anpassen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf,

1. Die „Personalschlüssel“ pro Kunden beratender Mitarbeiter/in in den Sozialabteilungen der Verwaltungen des Landkreises Darmstadt Dieburg in der
 - a) Kreisagentur für Beschäftigung (nur materielle Verwaltung)
 - b) Soziales und Teilhabe
 - c) Zuwanderung und Flüchtlinge
 - d) Wohngeldstelle

für die Zeit von 01.01.2021 bis 30.07.2021 zu ermitteln und zu prüfen. Diese ermittelten Personalschlüssel sollen vergleichbar den „untersten“ Personalschlüssel aller hess. Gebietskörperschaften bzw. Landkreise angepasst werden.
2. Eventuell entsprechender personeller Mehrbedarf in den Sozialabteilungen des Landkreises Darmstadt Dieburg wird spätestens bis zu den Haushaltsberatungen 2022 angepasst.

Beschluss zu TOP 5.3.

Vorlage-Nr.: 0516-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Sozial-und Arbeitsverwaltungen Da/Di als Notfallstelle für persönlichen Zugang zugänglich machen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert den Kreisausschuss auf,

1. die Zugangsberechtigung für negativ Getestete (mind. 48 Stunden) für die Sozial- und Arbeitsverwaltungen (SGB II – SGB XII - Wohngeld – Asylbewerberleistungen) für persönliche und un-bürokratische Notfallsprechstunden zugänglich zu machen. Dabei werden die § 13 bis § 17 des SGB 1) zwingend eingehalten.
2. Die Möglichkeiten der Nutzung von kreiseigenen Schnell-Teststationen für Hilfebedürftige zu ermöglichen. So wäre der unbürokratische, niedrighschwellige Zugang zu den Sozial-und Arbeitsverwaltungen Da/Di unter Einhaltung der Pandemie bedingten Hygienebestimmungen möglich. Die Kosten bei den kreiseigenen Teststationen werden für Grundsicherungsleistungsberechtigte (s. Pkt 1) übernommen.
3. Nach der Vorlage eines offiziellen SchnellTests auf Covid 19 sollte auch aus „hygie-nischen Gründen „der Zugang in den Sozialbehörden Da/Di zu kreiseigenen Kopiergeräten nicht verweigert werden.
4. Der Kreistag Da/Di anerkennt, dass Betroffene persönliche Anliegen, die sich anderweitig nicht klären lassen – oder die nicht über entsprechende digitale Voraussetzungen verfügen, schnell und zeitnahe Hilfe in den Sozial und Arbeitsverwaltung Da/Di erhalten.
5. Die aktuellen „Informationen zur Terminvergabe“ bei der Kreisagentur für Beschäftigung ist entsprechend anzupassen

Beschluss zu TOP 5.4.

Vorlage-Nr.: 0534-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **KfB näher an die Menschen bringen – Antrag FW/UWG**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion FWUWG beantragt, dass der Kreisausschuss sehr zeitnah eine Konzeption für dezentral angelegte Anlaufstellen der Kreisagentur für Beschäftigung entwickelt und dem Kreistag vorstellt. Die Einrichtung von Servicepoints in der Fläche, möglichst in jeder Kommune und in den Räumen der kommunalen Verwaltungen, soll dazu dienen, mit dem eingesetzten Personal den Antragsstellerinnen und Antragstellern eine Unterstützung bis hin zur Erledigung von Anträgen anzubieten. Die Besetzung der Servicepoints sollte in einem festen Raster (z. Bsp. Babenhausen an einem festen Wochentag von...bis...) besetzt werden.

Beschluss zu TOP 5.4.1.

Vorlage-Nr.: 0580-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **KfB näher an die Menschen bringen – Änderungsantrag Grüne**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag soll um folgenden Satz ergänzt werden:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, bei der Erstellung der Konzeption die Möglichkeiten zu prüfen und zu berücksichtigen, dass freie Träger für die Erledigung der Aufgaben eingesetzt werden.

Beschluss zu TOP 5.5.

Vorlage-Nr.: 0535-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Nutzungsentgelt für die Unterbringung geflüchteter Menschen senken – Antrag der FW/UWG**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Abg. Schlipf Traup (Grüne) schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, bis ein Bericht über die finanziellen Auswirkungen der in der Sitzung des Kreistags am 04. November 2019 beschlossenen Änderungen der Satzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (Unterbringungsgebührensatzung) auf die betroffenen Menschen vorliegt.

Abg. Winter (SPD) teilt mit, dass sich der Landkreis bei der Erhebung der Unterbringungsgebühren im Rahmen der Vorgaben des Gesetzes über kommunale Abgaben sowie des Landesaufnahmegesetzes bewegt. Es besteht daher keine Möglichkeit einer anderen Handhabung bei der Gebührenerhebung. Sie schlägt vor, den Antrag nicht im Geschäftsgang zu belassen.

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig stellt fest, dass der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales um einen Bericht über die finanziellen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen im Zuge der Änderung der Unterbringungsgebührensatzung aus dem Jahr 2019 bittet.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Satzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz LAufnahmG dahingehend zu ändern, dass die Nutzungsentgelte die ortsüblichen Mieten pro Quadratmeter Wohnraum nicht übersteigen.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 6.1.

Vorlage-Nr.: 0193-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan für das Jahr 2020**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Dem Kreistag wird der Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGlG) für das Jahr 2020 vorgelegt.

Beschluss zu TOP 6.2.

Vorlage-Nr.: 0225-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Jahresberichte femkom Darmstadt, ZIBB Groß-Umstadt und Frauen helfen Frauen e.V. Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt den Mitgliedern die Jahresberichte 2020 von femkom Darmstadt, ZIBB Groß-Umstadt und Frauen helfen Frauen Dieburg zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 6.3.

Vorlage-Nr.: 0240-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Niederlegung Ehrenamt Ombudsstelle**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt zur Kenntnis, dass Frau Sandra Kemper laut ihrer Mitteilung vom 04.06.2021 ihr Ehrenamt als Ombudsfrau für den Bereich des Sozialgesetzbuches II zum 30.06.2021 niederlegen möchte.

Nach Beschluss des Kreistages vom 08.06.2020 war Frau Kemper mit Urkunde vom 12.08.2020 in das Ehrenamt berufen worden.

Mit Ihrer Erklärung endet damit die Berufung zum 30.06.2021.

Die ehrenamtliche Ombudsstelle von Frau Kemper wird nicht neu besetzt. Zukünftig wird die Tätigkeit mit einer Ombudsstelle fortgeführt.

Wir danken Frau Kemper für Ihre Arbeit und ihr ehrenamtliches Engagement.

Beschluss zu TOP 6.4.

Vorlage-Nr.: 0242-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Zielvereinbarung 2021**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt die mit dem Land Hessen für das Jahr 2021 geschlossene Zielvereinbarung sowie das der Zielvereinbarung zugrunde liegende Planungsdokument der Kreisagentur für Beschäftigung Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Wie in den Jahren zuvor wurden die Ziele im mittlerweile bewährten Bottom-up-Verfahren definiert und vereinbart!

Bereits jetzt sei darauf hingewiesen, dass die abgeschlossene Zielvereinbarung auf optimistischen Annahmen beruht, die mit einem gewissen Optimismus nach dem Abklingen der zweiten Welle der Corona-Pandemie getroffen wurden!

Dennoch werden wir versuchen die vereinbarten Ziele auch in diesem Jahr zu erreichen!

Beschluss zu TOP 6.5.

Vorlage-Nr.: 0243-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Jahresbericht 2020 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt den Jahresbericht der Kreisagentur für Beschäftigung an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für das Kalenderjahr 2020 zur Kenntnis.

Dieser Bericht ist jährlich bis zum 31.05.an das BMAS zu senden und stellt auf mittlerweile 97 Seiten eindrucksvoll dar, was unser kommunales Jobcenter im vergangenen Jahr geleistet hat.

Beschluss zu TOP 6.6.

Vorlage-Nr.: 0254-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Schreiben an MP Bouffier zur Entwicklung der Eingliederungshilfe vom
31.05.2021**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück informiert über ein Schreiben der Kommunalen Spitzenverbände und dem Landeswohlfahrtsverband an den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier zur finanziellen Entwicklung der Eingliederungshilfe.

Beschluss zu TOP 6.7.

Vorlage-Nr.: 0290-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Tagessätze im Kreisjugendheim Ernhofen**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Die Preise für die Belegung des Kreisjugendheimes Ernhofen werden ab dem 01.01.2022 wie folgt festgelegt:

1. Gruppen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg:

	Weniger als 3 ÜN	Mindestens 3 ÜN
Frühstück	3,80 €	3,40 €
Mittagessen	5,20 €	4,60 €
Nachmittagskaffee	2,40 €	2,40 €
Abendessen	4,00 €	3,40 €
Übernachtung	12,00 €	10,60 €
Tagessatz	27,40 €	24,40 €

2. Gruppen außerhalb des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

	Weniger als 3 ÜN	Mindestens 3 ÜN
Frühstück	4,40 €	3,80 €
Mittagessen	7,20 €	6,40 €
Nachmittagskaffee	3,70 €	3,30 €
Abendessen	5,80 €	5,20 €
Übernachtung	12,40 €	11,80 €
Tagessatz	33,50 €	30,50 €

3. Erwachsene (außer Fachkräfte und Multiplikator*innen der Jugendarbeit):

	Weniger als 3 ÜN	Mindestens 3 ÜN
Frühstück	5,60 €	4,40 €
Mittagessen	8,00 €	7,30 €
Nachmittagskaffee	3,80 €	3,70 €
Abendessen	6,10 €	5,70 €
Übernachtung	13,10 €	12,40 €
Tagessatz	36,60 €	33,50 €

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.06.05.03
 Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2021	2022	2023
Sachkonto: 5003000 + 5090000	438.000,00 EUR	445.000,00 EUR	452.000,00 EUR

Beschluss zu TOP 6.8.

Vorlage-Nr.: 0313-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Regionale Strategie des Landkreises Darmstadt-Dieburg für den Übergang Schule-Beruf (Laufzeit 2021 - 2023)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Sozial- und Jugenddezernentin Rosemarie Lück informiert über das Strategiepapier „Regionale Strategie des Landkreises Darmstadt-Dieburg für den Übergang Schule-Beruf mit der Laufzeit 2021-2023“.

Nach den Vorgaben des Instituts für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) und auf Empfehlung des Ständigen Steuerkreises „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule-Beruf“ (OloV) hatte der Landkreis Darmstadt-Dieburg bis zum 31.12.2020, angelehnt an die Regionale Strategie des Landkreises Darmstadt-Dieburg für den Übergang Schule-Beruf mit der Laufzeit 2017-2020, ein neues Strategiepapier zu erarbeiten. Dieses ist Voraussetzung für die Finanzierung und Fortführung der OloV-Koordination im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Die Regionale Strategie wurde von den Mitgliedern der OloV-Stuerrunde des Landkreises Darmstadt-Dieburg, deren Vorsitz Frau Rosemarie Lück obliegt, erarbeitet und abgestimmt. Die OloV-Stuerrunde besteht aus Vertreter*innen des Jugendamtes und Staatlichen Schulamtes, der Agentur für Arbeit und Kreisagentur für Beschäftigung, der Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer, des Kreiselternbeirats und Kreisschülerrats, der Wirtschaft und Standortentwicklung, des Büros für Migration und Inklusion sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Coronabedingt erfolgte die Unterzeichnung des Strategiepapiers durch die Mitglieder der OloV-Stuerrunde sowie durch die entsprechenden Geschäftsführungen im postalischen Umlaufverfahren.

Mit der Regionalen Strategie verfolgt die OloV-Steuerungsgruppe des Landkreises das Anliegen, Transparenz über Angebote und Aktivitäten zu schaffen sowie diese aufeinander abzustimmen, um Parallel- und Doppelstrukturen zu vermeiden und so zum Aufbau und Verankerung von Strukturen sowie zur Qualitätssicherung im Bereich Übergang Schule-Beruf beizutragen. Mit diesen Bemühungen hat es sich die OloV-Stuerrunde zum Ziel gesetzt, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die bestmögliche Begleitung und Unterstützung bei der Berufsorientierung und dem Berufswahlprozess zukommen zu lassen.

Als Ausdruck des gemeinsamen Wirkens der Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg wurden die Oberziele abermals gemeinsam mit der OloV-Steuerungsgruppe der Stadt Darmstadt ausgewählt und festgelegt. Die konkreten Zielvereinbarungen der Regionalen Strategie bilden hingegen die thematischen Schwerpunkte im Übergang von der Schule in den Beruf für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und benennen Themen und Aktivitäten, denen sich die Akteure in den kommenden Jahren verstärkt widmen möchten. Die Regionale Strategie umfasst folgende Themenbereiche und Aufgabenfelder, denen sich die Mitglieder in den Jahren 2021 bis 2023 beschäftigen möchten:

- Koordination und Qualitätssicherung
- Schulcurricula fächerübergreifende Berufsorientierung
- Regionale Veranstaltungen zur Beruflichen Orientierung
- Schaffung von Transparenz über die Angebote am Übergang Schule – Beruf
- Individuelle Beratung und Begleitung im Vermittlungsprozess

- Öffentlichkeitsarbeit für Ausbildungs- und Praktikumsplätze
- Beteiligung der Erziehungsberechtigten am Berufsorientierungsprozess
- Durchführung von Kompetenzfeststellungen
- Qualifizierung der schulischen Fachkräfte im Bereich Berufliche Orientierung
- Ablauf des Beratungs- und Vermittlungsprozesses
- Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit
- Abstimmung der Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen

Die Ziele der Regionalen Strategie werden einmal jährlich, im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Sitzungen der OloV-Steuerrunde, auf ihre Erreichbarkeit und Umsetzung überprüft. Darüber hinaus erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber INBAS, den aktuellen Umsetzungsstand der Ziele der Regionalen Strategie betreffend.

Beschluss zu TOP 6.9.

Vorlage-Nr.: 0314-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Anwendung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG) ab 01.05.2020 im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück legt einen Zwischenbericht zur Weiterfinanzierung der Träger der Eingliederungshilfe gemäß des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG) und der ergänzenden freiwilligen Leistungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Kenntnisnahme vor.

Bericht:

Durch die Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Lock-Down bestand die Gefahr, dass viele Dienstleister im sozialen Bereich keine Dienstleistungen mehr erbringen konnten. Deshalb wurde durch den Bund das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) beschlossen.

Vor der Verabschiedung des SodEG gab es „keine eindeutige, gesetzliche Grundlage, die es den hinter diesen Angeboten stehenden Leistungsträgern ermöglicht, ihre Zahlungen an die Sozialen Dienstleister und Einrichtungen fortzusetzen“(BMAS), wenn diese ihre Leistungen pandemiebedingt nicht mehr erbringen konnten.

Das SodEG bietet die gesetzliche Grundlage zur Weiterfinanzierung von Dienstleistern der Eingliederungshilfe, die ihre Leistungen insbesondere in den Einsatzbereichen Teilhabeassistenzen an Schulen sowie Autismus- und Frühfördertherapien, pandemiebedingt zeitweise gar nicht bzw. nur eingeschränkt erbringen können.

Grundlage der Berechnung der Leistungen nach dem SodEG ist der Durchschnittswert der Zahlungen der letzten 12 Monate. Hiervon werden bis maximal 75 % als Zuschuss gewährt. Auf den Zuschuss werden vorrangige Mittel, wie z.B. Kurzarbeitergeld, angerechnet.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 22.06.2020 beschlossen, dass zum Ausgleich der nach Anwendung des SodEG verbleibenden finanziellen Einbußen der Landkreis Darmstadt-Dieburg ab 01.05.2020 monatlich max. 25% des gemäß SodEG ermittelten Monatsdurchschnitts an soziale Dienstleister zahlt.

Bei insgesamt 599 Einzelmaßnahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX konnten Leistungen pandemiebedingt nicht oder nur teilweise erbracht werden.

Für das Jahr 2020 haben 25 Anbieter von Eingliederungshilfeleistungen Anträge auf Zuschussleistungen nach dem SodEG gestellt. Hiervon hatten 14 der Anbieter vorrangige Ansprüchen wie Kurzarbeitergeld, Corona-Soforthilfe oder Betriebsschließungs-versicherungsleistungen erhalten, die bei der Zuschussbewilligung berücksichtigt wurden.

Für die Zeit von Mai bis Dezember 2020 wurden im Bereich Eingliederungshilfe nach dem SGB IX Zuschüsse in Höhe von insgesamt 684.768,06 € gewährt.

Finanzielle Auswirkungen:

Es mussten keine zusätzlichen Mittel aufgewendet werden. Die finanziellen Mittel standen im Haushaltsplan 2020 haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Die Mittel wurden statt über das Sachkonto „Leistungen SGB IX“, über die Sachkonten „Zuschüsse nach SodEG“ und „Zuschüsse nach SodEG freiwillige Aufstockung“ verausgabt.

Beschluss zu TOP 6.10.

Vorlage-Nr.: 0376-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Quotenabrechnung für das 2. Quartal 2021 und die Prognose aufzunehmender
Geflüchtete für das 3. Quartal 2021**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt die Quotenabrechnung aufzunehmender Geflüchtete für das 2. Quartal 2021 sowie die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 3. Quartal 2021 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 6.11.

Vorlage-Nr.: 0387-2021/DaDi

Aktenzeichen: 419-006

Betreff: **Aktionsplan gegen Kinderarmut – Runder Tisch Kinderarmut**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage der **Abg. Schlipf-Traup** (Grüne) teilt **Kreisbeigeordnete Lück** mit, dass der Kreistag über die zukünftige Ausrichtung des Runden Tisch Kinderarmut entscheiden muss.

Kreisbeigeordnete Lück gibt den Bericht Runder Tisch Kinderarmut im Rahmen des Aktionsplans gegen Kinderarmut im Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Aufgrund des Beschlusses des Kreistages vom 04.11.2019 (Vorlage-Nr. 2639-2019/DaDi) werden die Ergebnisse des Runden Tisches Kinderarmut vorgelegt.

Der Runde Tisch Kinderarmut setzt sich aus Expertinnen und Experten unterschiedlicher Fachstellen der Kreisverwaltung, sowie aus Vertretungen der Bürgermeisterkreisversammlung, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Frauenkommission und des Jugendhilfeausschusses zusammen. Die Geschäftsführung lag beim Fachgebiet Jugendhilfeplanung (534.2) des Jugendamtes.

Die aktuellen und noch zu erwartenden Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden ebenfalls in der Diskussion des Runden Tisches und der Berichterstellung berücksichtigt.

Beschluss zu TOP 6.12.

Vorlage-Nr.: 0400-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Ergebnis Prüfauftrag Kostenübernahme Mieterbund**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt das Ergebnis des nachstehend genauer bezeichneten Prüfauftrages zur Kenntnis.

In der Kreistagssitzung am 08.02.2021 wurde der Kreisausschuss beauftragt zu prüfen, ob Empfänger*innen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG im Landkreis Darmstadt-Dieburg der Jahresbeitrag für den Mieterbund Darmstadt finanziert werden kann.

Auf Nachfrage hat die stellvertretende Geschäftsführerin Dr. Kyra Seidenberg am 13.07.2021 bestätigt, dass die vorgenannten Leistungsempfänger*innen einen „Mieterschutzbrief“ für ein Jahr zu einem Jahrespreis von 66,- € erhalten können. Die Schätzung des jährlichen Bedarfes ergab ca. 100 Fälle im SGB II, ca. 30 Fälle im SGB XII und ca. 45 Fälle im AsylbLG – insgesamt also ca. 175 jährlich mit einem Gesamtkostenvolumen von 11.550,- €.

Sofort mit dem Beitritt können die Beratungsleistungen des Mieterbundes in Anspruch genommen werden - **es gibt keine Wartepflichten.**

Die Beratung umfasst insbesondere:

- Führen jeder Art von Schriftverkehr
- Prüfung von Heiz- und Nebenkostenabrechnungen
- Beurteilung von Kündigungen
- Tipps, wie selbst gekündigt werden kann
- Führen von Verhandlungen mit Vermietern und Behörden
- Prüfen des Mietvertrages
- Erläutern unwirksamer Vertragsvereinbarungen
- Unterstützung, um die Kaution wieder zu bekommen
- Berechnen der Miete nach dem Mietspiegel
- Einordnen der Höhe der Heizkosten nach dem Heizspiegel
- Überprüfen von Wohngeld- und Fehlbelegungsbescheiden
- Besprechung neuer Mietverträge
- Aushandeln von Mietaufhebungsverträgen
- Prüfen von Höhe und Rechtmäßigkeit von Mietminderungen

Die Übernahme der Kosten des Mieterschutzbriefes auf Antrag im begründeten Einzelfall ohne Rechtsanspruch ist zu empfehlen, stellt sie doch in einem zunehmend schwieriger werdenden Rechtsgebiet kostengünstig eine Art „Augenhöhe“ zwischen den Mietvertragsparteien her und lässt gerade im Bereich von Neben- und Heizkostennachforderungen, Mieterhöhungen und Mietminderungen darüber hinaus auch Einsparungen erwarten.

Beschluss zu TOP 7.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass im Rahmen einer Projektförderung des Landes Hessen, eine Alten- und Pflegeplanung erarbeitet wird. Damit daran möglichst viele relevante Akteure aus den jeweiligen Arbeitsbereichen im Landkreis Darmstadt-Dieburg mitwirken können, werden dazu in den kommenden Wochen fünf themenorientierte Workshops durchgeführt. Die Einladung zu den Workshops wurde durch das Büro der Kreistagsvorsitzenden an die Kreistagsfraktionen verschickt.

Kreisbeigeordnete Lück teilt weiter mit, dass das Psychosoziale Zentrum für Geflüchtete Südhessen, der Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Wissenschaftsstadt Darmstadt im Rahmen der Tage der seelischen Gesundheit am 27. Oktober 2021 um 19 Uhr zur Filmvorführung „Wir sind jetzt hier – Geschichten über das Ankommen in Deutschland“ von Niklas Schenck und Ronja Wurmb-Seibel einladen.

Kreisbeigeordnete Lück berichtet, dass das Büro für Migration und Inklusion gemeinsam mit dem kommunalen Behindertenbeauftragten des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum Inklusionsforum im Landkreis Darmstadt-Dieburg am 29. September 2021 von 17 bis 19.30 Uhr einlädt.

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass seit dem 3. September 2021 die Interkulturellen Wochen im Landkreis Darmstadt-Dieburg laufen. Bis Ende Oktober werden zahlreiche Veranstaltungen angeboten. Das tagesaktuelle Programm kann unter <https://www.ladadi.de/gesellschaft-soziales/migration-und-inklusion/buero-fuer-migration-und-inklusion/veranstaltungen/interkulturelle-wochen-2021.html> abgerufen werden.

Kreisbeigeordnete Lück verweist auf den Newsletter des Büros für Migration und Inklusion. Dieser erscheint in regelmäßigen Abständen in elektronischer Form und berichtet über Neuigkeiten, Veranstaltungen, integrationspolitisch relevante Themen und über die aktuelle Situation der Flüchtlinge im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Der Newsletter kann unter https://tb1c59345.emailsys1a.net/120/4681/69543eaa35/subscribe/form.html?_g=1631102373 abonniert werden.

Kreistagsvorsitzende Wucherpennig schließt die Sitzung um 16:51 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 21. September 2021

Für die Ausfertigung

gez. Dagmar Wucherpennig
Dagmar Wucherpennig
Kreistagsvorsitzende

gez. Christian Schwab
Christian Schwab
Schriftführer